

→ Postwurfsendung an alle Haushalte zur Kommunalwahl

# KEIN KREUZ DER AFD

Bei der Kommunalwahl am 8. März 2026 tritt die extrem rechte Partei „Alternative für Deutschland“ mit einem Rahmenprogramm für eine ausgrenzende Kommunalpolitik an. Obwohl es in weiten Teilen unkonkret und voller Widersprüche bleibt, erlaubt es einen Ausblick darauf, wie eine kommunale AfD-Politik aussähe: Die Partei fordert in vielen Bereichen Verbote und Abschaffungen, die an den eigentlichen Problemen vorbeigehen. Verlierer dieser Politik wären gerade die ‚kleinen Leute‘, deren Interessen die AfD angeblich vertritt.



EINFACHE  
SPRACHE

# ARGUMENTE GEGEN DIE AFD

Die AfD ist eine extrem rechte Partei und steht für eine menschenverachtende Politik. Als »Initiative gegen Rechts Regensburg« stellen wir uns ihr entgegen, auf der Straße oder im Internet. Aber auch im Alltag begegnen wir Leuten, die die AfD verharmlosen, verteidigen, wählen wollen oder unterstützen. Solchen rechten Aussagen zu widersprechen braucht neben Zivilcourage auch eine gute Faktenbasis. Die Positionen der AfD zu einigen wichtigen Politikfeldern und wie diese Politik die Gesellschaft zum Schlechteren verändern würde, sind hier zusammengefasst.

## #Familie

Die AfD hat eine sehr klare Vorstellung von Familie: Vater, Mutter, Kinder. Andere Modelle wie etwa Patchworkfamilien, solche mit allein- oder im Wechselmodell erziehenden Eltern wertet sie nicht nur ab, sondern möchte auf kommunaler Ebene ganz konkret gegen sie vorgehen. So sollen Beratungsstellen für Familien und Frauen "nicht in Richtung Familienauflösung und Familienspaltung manipulier[en]". Im Klartext bedeutet das: Menschen in missbräuchlichen Beziehungen sollen nicht bei einer Trennung unterstützt werden. Das wäre katastrophal vor allem für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind.

Auch die Beratung zum Thema Schwangerschaft will die AfD massiv einschränken: Die zuständigen Stellen sollen Schwangere künftig nicht mehr ergebnisoffen begleiten dürfen, sondern den "Schutz den ungeborenen Lebens" über den Wunsch der Schwangeren stellen.

## #Soziales und #Jugendarbeit

Menschen in wirtschaftlich oder sozial schwierigen Lagen sollen auf sich selbst gestellt sein – ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben empfindet die AfD als lästigen Kostenfaktor. Sozialarbeit will sie massiv einschränken. Den Landkreispass, mit dem beispielsweise bedürftige Familien vergünstigten Eintritt in Bäder bekommen, möchte die Regensburger AfD abschaffen. Über Streetwork oder Drogensozialarbeit, wie sie in Regensburg beispielsweise rund um das Bahnhofsareal stattfindet, machte sich AfD-Stadtrat Brucker öffentlich lustig.

Besonders wettet die AfD gegen die Jugendarbeit. Stellen der kommunalen Jugendarbeit sind unter anderem verantwortlich für städtische Jugendzentren, Spielprojekte, Ferienprogramme, Austausch- und Begegnungsprojekte und Räume, in denen sich Jugendliche entfalten können. Dem Stadt- bzw. Kreisjugend-

ring, in Regensburg mit die wichtigsten Träger kommunaler Jugendarbeit, droht die AfD mit massiven finanziellen Kürzungen. Könnte die AfD solche Projekte streichen, würde das Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern in Regensburg ganz direkt treffen.

### **#Bildung und #Kultur**

Auch den Bildungs- und Kulturbereich will die AfD künftig einschränken. Unter dem Kampfbegriff "Entpolitisierung der Schulen" will sie politische Bildung verbannen und auch (kostenfreie) Projekte wie "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" abschaffen. Statt Kindern und Jugendlichen demokratische Teilhabe zu ermöglichen, will die AfD sie von politischer oder wertorientierter Meinungs- und Willensbildung fernhalten. Sie sei „Indoktrination“ und ein Verstoß gegen das Neutralitätsprinzip.

Auch die außerschulische Bildung will die AfD beeinflussen: Kunst- und Kulturprojekte sollen nur gefördert werden, wenn sie rentabel sind und keinen politischen oder Wertebezug aufweisen. Entsprechend will die AfD den städtischen Kultur- und Begegnungsraum M26 abschaffen. Bibliotheken und Kultureinrichtungen, die trotz Kürzungen weiterbestehen, sollen nicht mehr selbst über ihr Programm entscheiden dürfen, sondern gezwungen sein, extrem rechter Politik eine Bühne zu bieten. Initiativen und Projekte kritischer Gedenkkultur und historischer Aufarbeitung soll es zukünftig nicht mehr geben.

### **#Verkehr**

Obwohl Regensburg beständig wächst, ist die AfD gegen den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Nicht für neue Busse, Bahnen und Fahrradwege, sondern nur für Autos – besonders für Shoppingtourismus – will sie in Regensburg Platz machen. Die Preise für Bustickets können nach Aussage der AfD dabei ruhig teurer werden. Wer sich kein Auto leisten kann oder will und auf die günstige Nutzung von Bus und Bahn angewiesen ist, zieht den Kürzeren.

### **#Energie**

Die AfD wettet gegen jede Art von erneuerbarer Energie und muss auf Atomenergie und Importe setzen. Kommunalen Umwelt- und Klimaschutz würde es nach ihr überhaupt nicht mehr geben. Kommunen sollen keine Solaranlagen mehr genehmigen, ebenso wenig wie Windkraftanlagen. Die AfD schürt gezielt Ängste vor erneuerbaren Energien und behauptet beispielsweise, "Infraschall" von Windrädern sei gesundheitsschädlich – obwohl das wissenschaftlich nicht bewiesen ist. Im Wahlprogramm ist sogar ernsthaft von Wettermanipulation die Rede.

### **#Steuern**

Die Politik der AfD trocknet Städte und Gemeinden finanziell aus. Die Gewerbesteuer, die ansässige Unternehmen wie BMW oder Infineon zahlen müssen, ist mit 235 Millionen Euro (2025) die wichtigste kommunale Einnahmequelle. Die AfD möchte diese Steuer abschaffen.



Die AfD versucht die Unzufriedenheit vieler BürgerInnen aufzugreifen. Durch die von ihr angestrebte gesellschaftliche Spaltung werden die Probleme aber nicht kleiner, sondern größer. Lassen Sie sich nicht einreden, ein Kreuz bei der AfD wäre ein ›Denkzettel‹ für die anderen Parteien und würde etwas zum Positiven verändern. Die anderen Parteien im Regensburger Stadtrat werden ihre Politik nicht deswegen nach Ihren Wünschen ändern, weil aus politischer Unzufriedenheit die AfD gewählt wird. Wenn Sie etwas verändern wollen, gibt es viele effektivere und inhaltlich konkretere Möglichkeiten: Engagement in Vereinen, Gewerkschaften, demokratischen Parteien, lokalen Initiativen oder sozialen Bewegungen. Werden Sie selbst aktiv für eine lebenswerte und solidarische Kommune!

Dabei benötigt Regensburg dieses Geld dringend, um beispielsweise Pflegeeinrichtungen, Spielplätze oder Schwimmbäder zu finanzieren.

## #Wohnen

Regensburg ist eine Stadt mit extrem hohen Mieten. Trotzdem spricht sich die AfD immer wieder gegen den sozialen Wohnungsbau und stärkeren Mieterschutz aus und will stattdessen den Markt zugunsten von Vermietern und Großinvestoren liberalisieren. Damit steht sie nicht auf der Seite derer, die zur Miete oder im Eigenheim wohnen. Stattdessen fordert sie Erleichterungen für große Investoren, die durch übertriebene Mieten und Spekulation mit Wohnraum Geld verdienen.

## #Rassismus

Die Krise auf dem Wohnungsmarkt nutzt die AfD insbesondere, um gegen Geflüchtete zu hetzen. In ihrem Wahlprogramm behauptet sie sogar, "illegale" Geflüchtete würden bei der Wohnungsvergabe bevorzugt. Sie spielt arme und geflüchtete Menschen gegeneinander aus: die Knappheit auf dem privaten Wohnungsmarkt würde angeblich durch Asylsuchende verschuldet. Die AfD schlägt ein "Einheimischenprogramm" als Lösung vor – und verschweigt dabei, dass Asylsuchende überhaupt keine eigenen Wohnungen anmieten dürfen, sondern in Sammelunterkünften leben müssen! Das ist nur ein Beispiel dafür, wie die extrem rechte Partei mit Rassismus und Vorurteilen auf Stimmgang geht.

- [initiativegegenrechts.net](https://initiativegegenrechts.net)
- [facebook.com/IgRRgb](https://facebook.com/IgRRgb)
- [instagram.com/initiativegegenrechtsrgb](https://instagram.com/initiativegegenrechtsrgb)
- [kontakt@initiativegegenrechts.net](mailto:kontakt@initiativegegenrechts.net)

KEIN  
KREUZ  
DER  
AFD

Die »Initiative gegen Rechts Regensburg« ist ein zivilgesellschaftliches Bündnis, das sich gegen Nationalismus, Rassismus und andere menschenverachtende Ideologien engagiert.

Seit der Gründung im Jahr 2016 stellt sich die Initiative rechten Aktivitäten entgegen, um diese möglichst zu verhindern. Der von der IGR organisierte Protest ist dabei vielfältig und häufig groß: Kurz vor der Bundestagswahl 2025 versammelten sich über 20.000 Menschen in Regensburg gegen Rechts. Im Januar 2024 demonstrierten über 13.000 Personen bei einer Kundgebung gegen die rassistischen Deportationspläne der AfD.

INITIATIVE GEGEN RECHTS

REGENSBURG